

Besitzpreis:
Für Dresden vierteljährlich 2 Mark 50 Pf., bei
den Kaiserl. deutschen Postanstalten vierst.
gleich 2 Mark; außerhalb des deutschen Reiches
tritt Post- und Stempelschlag hinzu.
Einzelne Nummern: 10 Pf.
Auskündigungsgebühren:
für den Raum einer gespaltenen Zeile kleiner
Schrift 20 Pf. Unter „Eingemandt“ die Zeile 50 Pf.
Bei Tabellen- und Ziffernblatt entsteht Aufschlag.
Ertheilung:
gleich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage abends.
Fernsprech-Anschluss: Nr. 1295.

Dresdner Journal.

für die Gesamtleitung verantwortlich:
Hofrat Otto Banck, Professor der Litteratur- und Kunstgeschichte.

Ausnahme von Auskündigungen auswärts:
Leipzig: Fr. Brandstetter,
Kommissionsur des Dresdner Journals;
Hamburg-Berlin-Wien-Lippsig-Basel-Breslau-Frankf.
a. M.: Haase-Stein & Vogler; Berlin-Wien-Hamburg
Prag-Lippsig-Frankf. a. M.; München: Kaud-Mause;
Paris-London-Berlin-Frankf. a. M.-Stuttgart-Dresden
& Co.; Berlin: J. Schmid; Breslau: Ewald Kalath;
Hannover: C. Schäffer; Halle a. S.: J. Borch & Co.

Herausgeber:
Königl. Expedition des Dresdner Journals.
Dresden, Zwingergasse 26.
Fernsprech-Anschluss: Nr. 1295.

Bestellungen

auf daß „Dresdner Journal“ für das nächste
Vierteljahr werden zum Preise von 2 M. 50 Pf.
angenommen für Dresden: bei der unterzeichneten
Expedition (Zwingerstraße Nr. 20), für aus-
wärts: bei den betreffenden Postanstalten zum
Preise von 3 M.

Wir ersuchen um rechtzeitige Er-
neuerung der Bestellungen, da wir sonst die
Lieferung vollständiger Exemplare ohne Wehr-
festen für die gebrachten Abnehmer nicht gewähr-
leisten können.

Königl. Expedition des Dresdner Journals.
(Zwingerstraße Nr. 20, in der Nähe des
neuen Postgebäudes.)

ihnen zwei vielgenannte Personen: den Neffen des
Künstlers, den steirischen, gesellschaftlich glänzenden
Baron Michele Lazzaroni und den Sohn des Bank-
direktors, den Advokaten Pietro Tanlongo. Diese
beiden Entlastungen (die erste wegen Mängels eines
verbrecherischen Thalbestandes, die letztere wegen un-
genügender Indizien) haben einen sehr ungünstigen
Eindruck gemacht. Man erhebt den Einwand, daß bei
den nahen und vorerst allen Umständen verdächtige Be-
ziehungen der genannten Personen zu den Bank-
verwaltung es desfalls richtiger gewesen wäre, die
Zeitschrift dem öffentlichen Verfahren vor dem
Schwurgericht zu überlassen, statt sie durch ein un-
kontrollierbares Verdict herbeizuführen. Es sind eben
durch so viele Anzeichen eines parteilichen und un-
lauteren Verfahrens Verdacht und Misstrauen wach-
gerufen worden, daß sofort der Argwohn auftritt,
ob möglicherweise für die Auscheidung der beiden Fälschungen
aus dem Prozeß andere als juristische Gründe ma-
gebend gewesen sein.

Dem Baron Lazzaroni kommt allerdings zu gute,
daß die kommerziellen Sachverständigen seine Beziehungen
zu der Bank für vorwurfsvoll erklärt haben;
allein der Staatsanwalt hatte dies nicht anerkannt,
und die böse Welt, dargestellt durch die „Tribuna“
und andere Blätter, findet es auffällig, daß gerade
der Reichtum unter den Verbrechern sich unter den
Entlasteten befindet. Schlimmer noch liegt die Sache
mit dem Advokaten Pietro Tanlongo. Dieser hatte,
als sein Vater schon im Gefängnis lag, er selbst aber
noch nicht in Untersuchung genommen war, mit dem
ersteren eine längere geheime Korrespondenz geführt,
die sich besonders auf die Verteidigungsmittel bezog,
welche dem Bankdirektor in den häufigen ungewöhnlichen
Geldforderungen des Minister gegeben waren. In
dieser Korrespondenz hatte er den Vater davon
erinnert, daß er selbst in seinem Auftrag an
einem bestimmten Datum eine beträchtliche Summe
dem Ministerpräsidenten Giolitti zugestellt habe. Diese
Korrespondenz war aufgegrungen worden und gab na-
türlich Anlaß zu weiterer Untersuchung, in deren Ver-
lauf Pietro schließlich durchaus leugnete, seinem Vater
diesen Dienst geleistet zu haben, und seine Briefe nur
aus dem Verstreben erklärt, seinem Vater Verteidi-
gungsmomente an die Hand zu geben. Wirkungs-
schaft behaupten nun, daß diesen dem Ministerpräsi-
dents natürlich sehr erwünschte Leugnen dem jungen
Tanlongo die Einstellung des Verfahrens eingebracht
haben sollte. Derartige Vermutungen mögen plausibel
erscheinen; aber da festgestellt worden ist, daß der
Ministerpräsident, der in der Kammer jeden Empfang
von Selbem seitens der Bank verneinte, tatsächlich
einen Posten von 60000 Frs. erhalten und erst nach
jener Einstellung juristisch festgestellt hatte, ist die öffentliche
Meinung zu jedem Mißtrauen berechtigt. Mit diesen
plausiblen Eindrücken trifft nun der Rücktritt des
Justizministers Santomaria zusammen, der seit vier-
zehn Tagen schon in Aussicht stand, aber in dem-
selben Augenblick erfolgte, in dem die Anklagelammer
den besprochenen Beschluss fasste. Dass die Einstellung
der Verwaltung in die Justiz den Minister zu
diesem Entschluß gebracht hat, unterliegt nach seinen
eigenen privaten Auskünften keinem Zweifel. Man kann
bedauern, daß der Minister nicht die Kraft gehabt hat, sich
diesen Einstellungen zu widersetzen; aber er ist, wie
verlaufen, durchaus kein Mann des politischen Lebens
und hat darum vorgezogen, seine Hände zu waschen
und davonzugehen. Richtiger hat jedenfalls der
Unterstaatssekretär Gianturco gehandelt, der dafür
sorgte, daß die Staatsanwaltschaft gegen den Beschluß
der Anklagelammer an den Kaffaukonsort appellierte,
was jedoch nach den gesetzlichen Bestimmungen nur
in einem Teil der vorliegenden Fälle Nemesat schaffen
kann.

Dresden, 29. September.
Die römische Bankangelegenheit und der
Rücktritt des Justizministers.

Es ist ein peinliches und von der italienischen
Presse auch sehr scharf erörtertes Zusammen treffen,
daß gleichzeitig mit einer entscheidenden Wendung in
dem Prozeß der Römischen Bank der Justizminister
seine Entlastung genommen hat. Wie schon bekannt,
ist nach endlichem Ablauf der Voruntersuchung von
der Anklagelammer in Rom darüber Beschluss gefasst
worden, welche der von der Staatsanwaltschaft ange-
klagten Personen vor Gericht zu stellen seien, und
es wurden im ganzen sieben Schuldige bezeichnet,
unter denen fünf als Hauptakteure der ganzen Wic-
hwirtschaft in erster Linie stehen: Der Bankdirektor Tan-
longo, der Künstler Cesare Lazzaroni, der Ministerial-
direktor Monzilli, der staatliche Aufsichtsbeamte Zam-
panaro und der Advokat Bellucci-Sessa, der die Be-
stechung des Deputierten der Berbi vermittelte; dieser
einst hochangesehene Abgeordnete wurde bekanntlich
durch einen plötzlichen Tod, dessen Ursache nicht auf-
geklärt ist, dem Richter entzogen. Die Anklagelammer
hat jedoch auch vier Beschuldigte entlastet, und unter

ihnen zwei vielgenannte Personen: den Neffen des
Künstlers, den steirischen, gesellschaftlich glänzenden
Baron Michele Lazzaroni und den Sohn des Bank-
direktors, den Advokaten Pietro Tanlongo. Diese
beiden Entlastungen (die erste wegen Mängels eines
verbrecherischen Thalbestandes, die letztere wegen un-
genügender Indizien) haben einen sehr ungünstigen
Eindruck gemacht. Man erhebt den Einwand, daß bei
den nahen und vorerst allen Umständen verdächtige Be-
ziehungen der genannten Personen zu den Bank-
verwaltung es desfalls richtiger gewesen wäre, die
Zeitschrift dem öffentlichen Verfahren vor dem
Schwurgericht zu überlassen, statt sie durch ein un-
kontrollierbares Verdict herbeizuführen. Es sind eben
durch so viele Anzeichen eines parteilichen und un-
lauteren Verfahrens Verdacht und Misstrauen wach-
gerufen worden, daß sofort der Argwohn auftritt,
ob möglicherweise für die Auscheidung der beiden Fälschungen
aus dem Prozeß andere als juristische Gründe ma-
gebend gewesen sein.

Dem Baron Lazzaroni kommt allerdings zu gute,
daß die kommerziellen Sachverständigen seine Beziehungen
zu der Bank für vorwurfsvoll erklärt haben;
allein der Staatsanwalt hatte dies nicht anerkannt,
und die böse Welt, dargestellt durch die „Tribuna“
und andere Blätter, findet es auffällig, daß gerade
der Reichtum unter den Verbrechern sich unter den
Entlasteten befindet. Schlimmer noch liegt die Sache
mit dem Advokaten Pietro Tanlongo. Dieser hatte,
als sein Vater schon im Gefängnis lag, er selbst aber
noch nicht in Untersuchung genommen war, mit dem
ersteren eine längere geheime Korrespondenz geführt,
die sich besonders auf die Verteidigungsmittel bezog,
welche dem Bankdirektor in den häufigen ungewöhnlichen
Geldforderungen des Minister gegeben waren. In
dieser Korrespondenz hatte er den Vater davon
erinnert, daß er selbst in seinem Auftrag an
einem bestimmten Datum eine beträchtliche Summe
dem Ministerpräsidenten Giolitti zugestellt habe. Diese
Korrespondenz war aufgegrungen worden und gab na-
türlich Anlaß zu weiterer Untersuchung, in deren Ver-
lauf Pietro schließlich durchaus leugnete, seinem Vater
diesen Dienst geleistet zu haben, und seine Briefe nur
aus dem Verstreben erklärt, seinem Vater Verteidi-
gungsmomente an die Hand zu geben. Wirkungs-
schaft behaupten nun, daß diesen dem Ministerpräsi-
dents natürlich sehr erwünschte Leugnen dem jungen
Tanlongo die Einstellung des Verfahrens eingebracht
haben sollte. Derartige Vermutungen mögen plausibel
erscheinen; aber da festgestellt worden ist, daß der
Ministerpräsident, der in der Kammer jeden Empfang
von Selbem seitens der Bank verneinte, tatsächlich
einen Posten von 60000 Frs. erhalten und erst nach
jener Einstellung juristisch festgestellt hatte, ist die öffentliche
Meinung zu jedem Mißtrauen berechtigt. Mit diesen
plausiblen Eindrücken trifft nun der Rücktritt des
Justizministers Santomaria zusammen, der seit vier-
zehn Tagen schon in Aussicht stand, aber in dem-
selben Augenblick erfolgte, in dem die Anklagelammer
den besprochenen Beschluss fasste. Dass die Einstellung
der Verwaltung in die Justiz den Minister zu
diesem Entschluß gebracht hat, unterliegt nach seinen
eigenen privaten Auskünften keinem Zweifel. Man kann
bedauern, daß der Minister nicht die Kraft gehabt hat, sich
diesen Einstellungen zu widersetzen; aber er ist, wie
verlaufen, durchaus kein Mann des politischen Lebens
und hat darum vorgezogen, seine Hände zu waschen
und davonzugehen. Richtiger hat jedenfalls der
Unterstaatssekretär Gianturco gehandelt, der dafür
sorgte, daß die Staatsanwaltschaft gegen den Beschluß
der Anklagelammer an den Kaffaukonsort appellierte,
was jedoch nach den gesetzlichen Bestimmungen nur
in einem Teil der vorliegenden Fälle Nemesat schaffen
kann.

Kunst und Wissenschaft.

A. Hoftheater. — Neustadt. — „Eine Palast-
revolution“. Lustspiel in 4 Akten von Richard
Snowdon.

Die Wiederholungen dieses Stücks, welche in
richtiger Erkenntnis von dessen schwacher Wirklichkeit
nur in beschränkter Anzahl veranstaltet wurden, haben
schätzbarlich eine steigende Anziehungskraft nicht
bekunden können. Wohl aber zeigten sie, daß die
Versteller amerüäßig gebildet sind, durch Fleiß für
die einzelnen Szenen und Abwendung des Zusammenspiels
den Eindruck des Ganzen soviel wie möglich
kunstmaßig aufrecht zu erhalten, was umso mehr
notwendig ist, da es einer eigentlichen dramatischen Le-
bens so sehr entbehrt und durch einen Hang des Ver-
fassers zum Trivialen zu Dehnungen führt, die den
Eindruck unwahrscheinlicher Stellen nachteilig aus-
wirken.

Als Haltpunkte der Vorstellung bleiben einige,
weisz auch nicht wahr und lebensmöglich, so doch
wahrscheinbar entworfene Personen als Söhnen des
Gesetz über; sie bestehen aus Professor Weibrath,
dessen Frau und Redakteur Findeisen, die durch Herrn
Jäger, Herrn Wolff und Herrn Swoboda zu einer
möglich charakteristischen Herausbildung gebracht und
für die Szene mehr und mehr belebend geworden sind.
Ihnen schließen sich in weiter Linie an, es sprich-
wissen die reich netten Leistungen in den beiden weib-
lichen Partien Lili und Florence an, deren Aus-
führungen in hochgemalter Weise von Gel. Bosse und

Gel. Diagono durch muntere technische Gewandheit
den Zuschauern hin und wieder eine harmlose An-
regung bieten.

Das Lustspiel wird keine zweite Spielzeit erreichen
und zeigt der Regie im Bunde mit vielen anderen
Beispielen wie vorstellig man bei der Auswahl von
neuesten Lustspielen sein muß, um jene verhängnis-
vollen Gaben zu meiden, die in ihrem geistigen Wesen
lediglich der Makulatur, nicht aber der Literatur an-
gehören. Strengstes Kritischsinn gegen Jebermann,
doch zugleich größte Rücksichtnahme gegen die Kunst
gehört zu den wichtigsten Schutzmitteln, die hierbei
behilflich sind.

O. B.

Lady Sibylle.
Aufführung von E. Schroeder.

Sie hatte noch allerlei Weisungen zu geben ge-
hobt und war als die lezte zurückgeblieben. Neben
dem Fuhrwerk, das die Speisen dinosaufbereitet hatte,
stand sie jetzt und nahm von einem der Dienstboten ihren
Mantel in Empfang. Sie fühlte Waldbrodt kommen,
mehr als sie ihm sah. Sich nach ihm umgedreht, wagte sie nicht, denn die falsche Note, die seine Nähe
jedemal herauschwoll, brauste ihr schon wieder
aus der Brust; sie hatte auch Angst, daß er ihr die
unterdrückten Thänen aus den Augen las.

„Ich bitte Sie, nicht auf mich zu warten, mein
Herr!“ stieß sie nun in unsicherem Tone hervor.

„Hören Sie nicht, wie die Kinder noch Ihnen rufen?“
„Die Kinder sind wohl aufgezogen“, antwortete er,

und daß ich Sie hier allein lasse, Lady Sibylle,
können Sie nicht von mir verlangen.“

Damit begann er, sie forschig in ihren Mantel
zu hüllen. „Hier hinten hängt eine Art Kapuze,“ er-
wähnte er heilig, „Wie wenn wir die über das
reizende Hüttchen zögeln?“

Sie hielt ihm still, wie ein Lamms. Es nützte
nichts, sich ihm zu widersehen, und im Grunde ging
es ihr ja auch gegen den eigenen heilen Herzensdrang.
Ein Weilchen — ein kleines Weilchen mit ihm ganz
allein zu sein, Söhnes ließ sich ja nicht träumen!

Die Übrigen hatten längst das Thal erreicht, als
es war arg und ward immer
sicher peitsche heulend den Regen vor sich her, über
das Meer.

Da Sibylle angestlich bemüht schien, einen Fuß breit
Luft zwischen sich und ihrem Begleiter zu lassen, so
hatte dieser Wüste, den Schwimmen über sie zu halten.

„Sie werden müssen,“ bedauerte er. „Wenn Sie
meinen Arm annehmen wollten?“

Der Vorschlag schreckte sie noch ein Stückchen weiter
von ihm fort. „Danke!“ stammelte sie. „Wir kann
die Nähe nichts mehr anhaben, ich bin jetzt vom Scheitel
bis zur Sohle wasserdrift. Bitte, versuchen Sie, sich
selber zu schützen!“

„Mit einem Regenschirm?“ lachte er. „Das wäre
das erste Mal, jemals ich mich erinnerte. Schließen
mir das unruhe Möbel!“

„Nein, nein! Solche Ungerechtigkeit sind Sie
gar nicht fähig!“

Sie schwieg und er dachte bei sich: „emand anderer“

konnte allenfalls Cherubim gewesen sein, denn was
der dem kleinen Frauenzimmer in Gegenwart ihres

vertraulichsten Gatten alles in die Augen zu blitzen
wollte, war nicht darin, seine Braut zu ergreifen.

angehörten, von der Landwirtschaft: Graf Lan-
zendorff, Rittmeister v. Arnim-Güterberg und Ritter-
gutsbesitzer Reich-Weyl; von der Industrie: Kom-
merzienrat Möller-Brodwede, Kommerzienrat Vogel-
Chemnitz und Oberbergrat Wachler-Berlin; vom
Handel: die Herren Handelskammerpräsident Lange-
Lübeck, Stadtpräsident Teichendorf-Königstein und Bonifac-
Frankfurt a. M.

In letzter Zeit ist vielfach von Versuchen die
Rede gewesen, die Verbreiter unwahrer Gerüchte
an der Börse zur Verantwortung zu ziehen; hierzu
schreibt das „Voss. Bltg.“: „Das Reichsgericht vom 18.
Juli 1884 (Art. 249 d. Biff. 2 des Handelsge-
richts) bedroht mit Gefängnisstrafe bis zu einem
Jahr und zugleich mit Geldstrafe bis zu 10000 M.
denjenigen, der in betrügerischer Absicht auf Täuschung
berechneter Mittel anwendet, um auf den
Kurs von Aktien einzutreten. Nach Entscheidung
des Reichsgerichts, s. B. vom 19. Mai 1892, bedarf
es nur des Nachweises der Anwendung auf Täuschung
berechneter Mittel und der Absicht, sich oder einem
anderen einen reichsweiten Vorteil zu verschaffen
oder andere zu benachteiligen, also nicht auch des
Nachweises des Erfolges der beobachteten betrügerischen
Einswirkung. Geht die Einswirkung mittels der
Presse, so liegt eine Anwendung des tatsächlichen
Mittels in der Veröffentlichung der auf Täuschung
abzielenden Mitteilung, sofern nicht die Absicht des
Täuschenden schon dadurch ging, die Redaktion selbst zu
läuschen, in welchem Falle die Anwendung schon durch
die Mitteilung der auf Täuschung berechneten Mittel
an die Öffentlichkeit übertragen ist. Da trotz allerden an den
Börsen falsche Nachrichten im Umlauf gezeigt werden,
um die Kursschwankung zu beeinflussen, so hat, wie
wir erfahren, die Börzenkommission auch darüber beraten,
durch welche Maßregeln diesem Un-
wohl, sowie der bewussten Verleitung des Publikums
durch die Presse, dem schädlichen Reklamewesen, wirk-
samer gestoppt werden könnte, und ob die, wie oben
erwähnt, hinsichtlich der Aktien gegebenen Strafbestim-
mungen auch auf andere Papiere und selbst auf
den Warenhandel ausgedehnt seien.“

Der „Reichsgericht“ schreibt: „Im Laufe des
sogen. Jahres ist in verschiedenen Tagesblättern sowie
in Streitschriften gegen die im Unterrichtsbuch der
jüdischen Schulen befindlichen Lehrbücher die Anlage
erhoben worden, daß jüdisches, wirtschaftliches und soziales Leben
verbürtigt ist, daß die jüdische Religion unterrichtet
und die jüdische Unterrichtsverwaltung dem jüdischen Religionsunterricht
ausreichender Aufmerksamkeit gewidmet und ob sie mit dem
Inhalt der betreffenden Bücher bekannt sei. Der Unter-
richtsminister hat darauf Veranlassung genommen, die
jüdischen zur Zeit am Unterrichtsgebrauch befindlichen
oder sonst etwa noch in Betracht kommenden jüdischen
Religionbücher einzuführen. Die begleitende Sammlung
umfaßt 551 Bücher, und zwar sind sie dem Inhalt nach:

a) für Erziehung der hebräischen Sprache	40 Exemplare
b) für biblisch- und jüdisch-synagogal	143
c) für Religionsbücher (Katechismen, Sprach- bücher, Bibelhandschriften)	234
d) für den deutschen Unterricht (Lehrbuch für Volksschulen)	2
e) Erbauungsbücher	
a) Die heilige Schrift ganz oder Teile derselben (deutsch-hebr	